

17 Empfehlungen

**zur Behandlung der
deutsch-polnischen Beziehungen
in den Schulbüchern der
Volksrepublik Polen
und der
Bundesrepublik Deutschland**

Bericht über
die zweite deutsch-polnische
Schulbuchkonferenz
der Deutschen und der Polnischen
UNESCO-Kommission
vom 11. bis 16. April 1972
in Braunschweig

INHALT

Vorwort	3
Kommuniqué	5
Empfehlungen	7
Mittelalter und Neuzeit	7
Neueste Geschichte	13
Geographie	23
Teilnehmer	26

VORWORT

Im Februar dieses Jahres trafen sich im Historischen Institut der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau Historiker, Geographen und Schulbuchexperten aus der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland, um auf Initiative der UNESCO-Kommissionen beider Staaten mit einer Diskussion der Behandlung Polens bzw. Deutschlands in den Geschichts- und Geographielehrbüchern zu beginnen. Die Teilnehmer einigten sich darauf, zunächst Empfehlungen für die Darstellungen der historischen Beziehungen beider Völker zu

erarbeiten, die den Geschichtslehrern und Schulbuchautoren der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen als Anregung und Orientierungshilfe dienen sollen. Dank der offenen, sachlichen Atmosphäre, die von gegenseitigem Verständigungswillen gekennzeichnet war, gelang es in Warschau, 14 Empfehlungen zu formulieren, die von der Deutschen UNESCO-Kommission im April dieses Jahres als Broschüre vorgelegt wurden.

Beide Delegationen waren davon überzeugt, daß die erfolgreich begonnene Zusammenarbeit so bald wie möglich fortgesetzt werden sollte. Eine zweite Tagung, zu der die Deutsche UNESCO-Kommission eingeladen hatte, wurde daher in beiderseitigem Einverständnis vom September auf den April dieses Jahres vorverlegt. Vom 11. bis 16. April 1972 trafen sich im Internationalen Schulbuchinstitut in Braunschweig 18 polnische Experten, führende Fachvertreter ihres Landes, mit einer größeren Zahl westdeutscher Historiker und Geographen, mit Sachverständigen der führenden Schulbuchverlage, mit Vertretern der Lehrerorganisationen und anderen, um über die noch offenen Fragen der mittelalterlichen und neueren Geschichte, vor allem aber über die Jahre 1914 bis 1933 zu diskutieren. Als Ergebnis formulierten die Teilnehmer 17 Empfehlungen, die – wie schon zuvor die Warschauer Thesen – zur öffentlichen Diskussion gestellt werden.

Die Deutsche UNESCO-Kommission dankt der polnischen Nationalkommission für ihre Initiative, den polnischen Historikern und Geographen für ihre Aufgeschlossenheit und Kooperationsbereitschaft; sie hofft, daß auch diese Empfehlungen dazu beitragen werden, die Behandlung Polens, die Darstellung der deutsch-polnischen Beziehungen im Geschichts- und Geographieunterricht, in den Schulbüchern zu objektivieren. Sie hofft, damit einen konkreten Beitrag zur Verständigung beider Völker, zu einer friedlichen Neuorientierung der Beziehungen Polens und der Bundesrepublik Deutschland zu leisten; sie glaubt, damit nicht zuletzt im Geiste der UNESCO zu handeln, die seit ihrer Gründung die Sicherung und Verteidigung des Friedens als zentrale Aufgabe proklamiert hat.

Georg Eckert

KOMMUNIQUE

Auf Initiative der UNESCO-Kommissionen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland wurden die im Februar in Warschau begonnenen Gespräche polnischer und deutscher Historiker, Geographen und Schulbuchexperten in den Tagen vom 11. bis 16. April in Braunschweig fortgesetzt. Die Teilnehmer der Konferenz arbeiteten in den folgenden drei Untergruppen: Mittelalter und Neuzeit, Neueste Geschichte und Geographie. Es gelang ihnen, die Warschauer Empfehlungen zur Behandlung der deutsch-polnischen Beziehungen in den Schulbüchern beider Länder in zahlreichen Punkten zu ergänzen und zu vertiefen. Von der ersten Arbeitsgruppe wurden sechs Empfehlungen, darunter Vorschläge für die Forschung, formuliert. Die Periode 1914 bis 1933, über die die Diskussion in Warschau erst begonnen hatte, wurde eingehend erörtert, und es wurden insgesamt 17 Empfehlungen formuliert. Die Geographen erarbeiteten allgemeine Prinzipien für die Behandlung Polens und der Bundesrepublik Deutschland im Erdkundeunterricht, die auf den künftigen Tagungen noch erweitert werden sollen.

Diese Ergebnisse sollten unverzüglich in den Lehrbüchern und in der Unterrichtspraxis realisiert werden.

Die Diskussionen fanden in einer offenen, sachlichen, wissenschaftlich anregenden Atmosphäre statt, die die Verständigung begünstigte. Beide Delegationen hoffen, daß die weitere Zusammenarbeit, die im Geiste des Warschauer Vertrages vom 7. 12. 1970 begonnen wurde, die Verständigung der Völker beider Staaten fördern und beschleunigen wird.

Von seiten der polnischen UNESCO-Kommission wurde eine Einladung für den Herbst dieses Jahres ausgesprochen und von der deutschen Seite mit Befriedigung angenommen. Diese dritte polnisch-deutsche Schulbuchkonferenz soll sich mit einer Detailanalyse von Geschichts-

und Geographiebüchern beider Länder und mit einer ersten eingehenden Erörterung der Jahre nach 1945 beschäftigen. Zusätzlich sollen allgemeine historische Probleme und Fragen der Historiographie behandelt werden, die für die Geschichtsschreibung beider Länder von besonderer Bedeutung sind.

Braunschweig, den 16. April 1972

Wladyslaw Markiewicz

Georg Eckert

EMPFEHLUNGEN

Mittelalter und Neuzeit

1. Terminologische Fragen

Um unnötige Mißverständnisse oder gar Verzerrungen historischer Phänomene und Vorgänge zu vermeiden, wird empfohlen, in den Schulbüchern nur solche Termini zu verwenden, die aus den Quellen belegbar bzw. ihnen angepaßt und in der modernen wissenschaftlichen Forschung eingeführt sind. Es wird empfohlen, eine Liste der am häufigsten vorkommenden mißverständlichen, unklaren oder kontroversen Termini in der nächsten Zeit zusammenstellen zu lassen.

2. Schlesien und Pommern In der Frühgeschichte Polens

(X.–XIII. Jahrhundert)

- a) In der Darstellung der Geschichte Schlesiens und Pommerns im X.–XIII. Jh. gibt es Unterschiede in den Interpretationen der Grundfakten durch die polnische und deutsche Geschichtsschreibung; dies beruht auf zwei Prämissen: Die deutsche Geschichtsschreibung hob die Fakten über die Beziehungen dieser Gebiete zum deutschen Königtum bzw. zum römischen Kaisertum und die Germanisierungsprozesse dieser Länder besonders hervor.

Die polnische Geschichtsschreibung hingegen betonte die Fakten betreffend die Beziehungen Pommerns und Schlesiens zum polnischen Piastenstaat und die Kontinuität der ethnischen und kulturellen slawischen Komponente, die sich in unterschiedlicher Stärke in manchen Gebietsteilen bis in die Gegenwart erhalten hat.

- b) Die deutsche Geschichtsschreibung betrachtete die rechtlich-politischen Phänomene, die sich auf Schlesien und Pommern beziehen,

vornehmlich aus der Sicht des westeuropäischen Lehnrechts. Die polnische Geschichtsschreibung hingegen deutete diese Erscheinungen meist mit den Kategorien des Patrimonialstaates, betrachtete die polnischen Gebiete als Eigentum der Piastendynastie und sah dabei die Lehnbindung als zweitrangig an. Die verschiedenen Interpretationen der deutschen/westdeutschen und der polnischen Historiographie finden ihren Niederschlag in den voneinander abweichenden Darstellungen der Geschichte Schlesiens und Pommerns in den Lehrbüchern.

- c) In den vorkriegsdeutschen und heutigen westdeutschen Lehrbüchern wird oft die Ansicht vertreten, daß Schlesien sich bereits im Jahre 1163 durch die Anerkennung der Lehnabhängigkeit vom Kaisertum aus der polnischen politischen Gemeinschaft gelöst habe. Nach diesen Darstellungen sei eine schnelle Germanisierung Schlesiens und des dortigen Zweiges der Piastendynastie erfolgt. In den polnischen Büchern dagegen unterstreicht man die politische und kirchliche Verbindung Schlesiens mit dem Patrimonialstaat der Piasten im Mittelalter. Die Trennung Schlesiens von der polnischen politischen Gemeinschaft wird auf die Jahre 1325/1348 datiert, und zwar im Zusammenhang mit dem Übergang der schlesischen Teilfürstentümer in den Hoheitsbereich der Könige von Böhmen.
- d) In den deutschen Lehrbüchern wird die Einbeziehung Pommerns und Pommerellens in den Bereich des polnischen Patrimonialstaates im allgemeinen nicht erwähnt. Dagegen unterstreicht man die frühere Lehnabhängigkeit Pommerns vom Kaisertum und danach von Brandenburg. In den polnischen Lehrbüchern wird die Huldigung des pommerschen Fürsten Boguslaw I gegenüber Kaiser Friedrich Barbarossa (1181) als eine Episode betrachtet. Man weist auf die Abhängigkeit Pommerns von Dänemark (1184) hin und wertet erst die Abhängigkeit von Brandenburg (1231) als Übergang dieses Gebietes in die mittelbare Reichshoheit. Man unterstreicht auch das Fortleben vieler slawischer Institutionen in diesem Gebiet, die den pommerschen Fürstentümern spezifische Züge im Vergleich zu den anderen Territorialstaaten des Reichs verliehen hatten.

- e) In diesem Zusammenhang muß man vor allem bestrebt sein, die offensichtlichen faktographischen Fehler in den Schulbüchern, die in der Bundesrepublik Deutschland und in der Volksrepublik Polen benutzt werden, zu korrigieren. Außerdem wäre es angebracht, beide oben skizzierten Interpretationen in nächster Zukunft einer wissenschaftlichen Analyse zu unterziehen. Man müßte dabei besonderes Augenmerk auf die historiographischen Prämissen einiger Anschauungen und ihre moderne politische Begründung richten. Das würde die Beseitigung verwurzelter und von vornherein fehlerhafter Konzeptionen, die nicht auf kritischer Interpretation der Quellen beruhen, ermöglichen.

3. Polen und der Deutsche Orden (Vergleiche Nr. 5 der Warschauer Empfehlungen)

In den polnischen Schulbüchern wird vor allem die säkularstaatliche und militärisch-expansive Rolle des Ordens hervorgehoben, in den westdeutschen seine zivilisatorische und missionarische Aufgabe betont.

Dieser Sachverhalt spiegelt zu einem guten Teil die zwischen der polnischen und der deutschen/westdeutschen Forschung grundsätzlich bzw. punktuell kontroverse Einschätzung des Deutschen Ordens wieder, welche daher bei der Behandlung folgender wesentlicher Fakten der Ordensgeschichte zukünftig zu berücksichtigen ist:

- (13. Jh.) 1. „Vorgang der Landnahme“
(Rechtsgrundlagen, Eroberung des Prußenlandes, Erwerb von Pommerellen),
2. „Ordensstaat“
(geplante Landesherrschaft, Friede von Christburg, Missionsaufgabe),
- (14. Jh.) 3. „Verhältnis zu Polen“
(Pommerellen 1269–1343),
4. „Verhältnis zu Litauen“,
5. „Hochmeisterstaat“
(Land und Herrschaft),

- (15. Jh.) 6. „Verhältnis zu Polen-Litauen“
(Schlacht von Tannenberg/Grunwald – 1. Thorner Friede – 13jähriger Krieg – 2. Thorner Friede – Zerfall des Hochmeisterstaats – Städte und Adelsopposition),
7. „Nach 1466: Preußen königl. Anteils – Restordensstaat“,
- (16. Jh.) 8. „1525: Säkularisierung und Lehnsnahme“

Der vorgenannte Problemkomplex sollte in Kürze erneut behandelt werden, um zu detaillierten Empfehlungen zu kommen.

4. Die kulturellen und konfessionellen polnisch-deutschen Beziehungen im 16. und 17. Jahrhundert

Die Reformation, die sich in Polen in ihrer lutherischen Prägung Mitte des 16. Jahrhunderts entwickelt hat, kam aus Deutschland. Sie gewann vor allem Anhänger unter den Stadtbewohnern in Großpolen und in Preußen Königlichen Anteils. Unter der Herrschaft der polnischen Könige erfreuten sich diese Städte einer beachtlichen Autonomie auf dem Gebiet der städtischen Selbstverwaltung und genossen eine Reihe von Handelsprivilegien, die ihre wirtschaftliche Entwicklung ermöglichten. Mitte des 16. Jahrhunderts gewährte Sigismund II. August den Städten in Preußen Königlichen Anteils Religionsfreiheit, wodurch die Lutheraner die Möglichkeit erhielten, sowohl ihre eigenen Kirchen als auch ihre Schulen und Druckereien einzurichten.

Dies führte zur kulturellen Blüte in Preußen Königlichen Anteils im 16. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts. Zu dieser Zeit wirkten dort viele hervorragende Künstler, Schriftsteller und Wissenschaftler, die ihre Werke in polnischer, deutscher und lateinischer Sprache verfaßten. Besondere Anerkennung genossen sowohl in Polen als auch im Ausland vor allem die Gymnasien von Thorn und Danzig. Im 17. Jahrhundert fand in Deutschland die in den Werken der Polnischen Brüder (Sozinianer) vertretene Konzeption der religiösen Toleranz weite Verbreitung.

Aus Deutschland, aus dem von den Habsburgern beherrschten Schlesien und aus den Niederlanden strömten im 16. und 17. Jahrhundert

Bürger und Bauern, die dort aus konfessionellen Gründen verfolgt worden waren, nach Polen (vor allem Lutheraner, in geringerer Zahl Menoniten und Antitrinitarier). Sie erreichten in Großpolen und in Preußen Königlichen Anteils einen beachtlichen Wohlstand und leisteten ihren Beitrag zur wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung dieser Länder. Der generelle Aufschwung dieser Gebiete wurde durch den Einfall der Schweden und Brandenburger, die Polen um die Mitte des 17. Jahrhunderts („Kriege der blutigen Sintflut“) verwüsteten, unterbrochen. Der endgültige Erfolg der Gegenreformation in der Adelsrepublik bedingte die Übersiedlung von Protestanten aus Großpolen und Kleinpolen nach Danzig, Elbing, Thorn und anderen Städten Preußens Königlichen Anteils. Sie bewahrten der Republik Polen gegenüber volle Loyalität, weil die ihnen einst zugesprochene Konfessionsfreiheit und die städtische Selbstverwaltung weiterhin aufrecht erhalten wurden.

5. Der polnische Staat im 18. Jahrhundert

Die „politische Kultur“ der Rzeczpospolita des grundbesitzenden Adels hatte ihre Ausstrahlungskraft auf die ständische Politik in ihrem Widerstand gegen die absolutistische Krongewalt in Preußen, Kurland und Livland. Umgekehrt hat das Problem einer Stärkung der Krongewalt im Reformdenken der späten Adelsrepublik – zumal unter August dem Starken – eine wichtige Rolle gespielt. Doch wurden die Chancen dafür seit dem Beginn der offenen Einmischungspolitik der großen Nachbarn (1717/21) und der Festigung ihrer Allianz in der polnischen Frage (1735) immer geringer.

Die Teilungen Polens fallen in eine Zeit, da in diesem Land, insbesondere seit dem Regierungsbeginn von Stanislaw August Poniatowski, positive Veränderungen auf dem Gebiet der Staatsordnung, der Wirtschaft, der Kultur und der sozialen Verhältnisse in Gang kamen. Besonders verdienen unter den Staatsreformen die Reformen des Sejms 1764 sowie die Reformen des Großen Sejms 1788–1792, vor allem aber die Verfassung vom 3. Mai 1791 Beachtung, denn diese Reformen haben die politische Struktur der Adelsrepublik in eine gut durchorganisierte konstitutionelle Monarchie verwandelt. Es muß unterstrichen werden, daß Polen während der Aufklärung einer der aktivsten Brennpunkte der europäischen Kultur war; die in Polen verwirklichten

Reformen auf dem Gebiet des Schulwesens (Szkola Rycerska/Ritterschule 1765, Komisja Edukacji Narodowej/Nationale Edukations-Kommission 1773) waren Pionierleistungen.

Nach den neuesten Ergebnissen der historischen Forschung beider Seiten spielte dabei Stanisław August Poniatowski eine große Rolle. Er war ein König von ausgeprägter politischer Individualität. Jedenfalls haben die durch russisch-preußisch-österreichische Gewaltpolitik erstickten Reformen als große politische Leistung der polnischen Aufklärung auf das politische Denken und auf liberale reformerische Ansätze in Deutschland und Europa gewirkt.

6. Preußen und die Teilung Polens

Das konsequente Streben der brandenburgischen Hohenzollern führte dazu, daß das von Polen abhängige Preußen in ihre Hände (1618) überging, und zwar als Lehen der Krone Polen. 1657 errangen die Hohenzollern im Herzogtum Preußen die Souveränität, und 1701 wurde Kurfürst Friedrich III. als Friedrich I. zum König in Preußen gekrönt. Parallel dazu verliefen die Vereinigungsbemühungen zwischen Brandenburg und dem Herzogtum Preußen. Diese territoriale Vereinigung erreichte Friedrich II., indem er die günstige politische Lage in Europa ausnutzte und das Zustandekommen der Ersten Teilung Polens förderte (1772). Der Teilungsvertrag war für Preußen von grundlegender politischer Bedeutung, und die Teilnahme Preußens an den folgenden Teilungen Polens war die Konsequenz zielbewußter hohenzollernscher Machtpolitik.

Neueste Geschichte (1914–1933)

1. Der erste Weltkrieg und die deutsch-polnischen Beziehungen

- a) Der erste Weltkrieg war der erste große Krieg, in dem die drei Teilungsmächte sich als Feinde gegenüberstanden. Damit eröffnete sich für die Polen die Aussicht, die Freiheit und Unabhängigkeit ihres Staates wiederherzustellen. Die polnische Nationalbewegung war über den Weg, auf dem dieses Ziel erreicht werden sollte, nicht einig. Während die Nationaldemokraten dazu neigten, in der gegebenen Situation mit dem zaristischen Rußland, dem Alliierten Frankreichs, zusammenzugehen, um eine Vereinigung aller polnischen Teilungsgebiete zu erreichen, waren andere Gruppen und Persönlichkeiten – darunter Pilsudski – der Ansicht, daß man die Freiheit Polens im Bunde mit den Mittelmächten, vor allem mit Österreich-Ungarn, das im Zusammenhang mit dem Ausgleich von 1867 Galizien eine weitgehende Autonomie zugestanden hatte, verwirklichen sollte. Der linke Flügel der Arbeiterbewegung hoffte auf einen revolutionären Zusammenbruch aller Teilungsmächte.
- b) Am 5. November 1916 proklamierte die deutsche Regierung, besonders von ihrer militärischen Führung (General Ludendorff) dazu gedrängt, mit Zustimmung Österreich-Ungarns, feierlich die Schaffung eines neuen Königreichs Polen. Dabei dachten die Mittelmächte nicht daran, ihre von Polen bewohnten Gebiete dem vorgesehenen neuen polnischen Staat abzutreten. Vielmehr forderten einflußreiche deutsche Kreise aus strategischen Gründen die Abtrennung eines von der Ostspitze Oberschlesiens bis zum Ostrand Ostpreußens reichenden Grenzstreifens an Deutschland, aus dem sie die polnischen Bewohner auszusiedeln gedachten. Die Proklamation vom 5. November 1916 täuschte die Absicht vor, im Kampf gegen den Zarismus dem Freiheitsverlangen des polnischen Volkes entgegenzukommen. In Wahrheit sollte diese Aktion polnische Soldaten liefern und das neue Polen, über dessen künftige Grenzen bezeichnenderweise nichts gesagt wurde, zu einem Teil des deutscherseits angestrebten Gürtels von Satellitenstaaten machen, durch dessen Schaffung Rußland möglichst weit nach Osten zurückgedrängt werden konnte. Die Proklamation fand daher beim polni-

schen Volk keine Resonanz und erwies sich vom Standpunkt Ihrer Urheber als Fehlschlag. Der Friede von Brest-Litowsk wirkte auf die Polen als Bestätigung ihrer Befürchtungen.

2. Die Oktoberrevolution und Polen

- a) Solange Rußland der Kriegskoalition der Ententemächte angehörte, scheuten sich seine westlichen Alliierten, eine verbindliche Erklärung über die vom ganzen polnischen Volk geforderte Wiedererrichtung eines polnischen Staates abzugeben. Insofern war die Lage der Polen grundlegend anders als die Lage der Tschechen. Während die tschechischen Exilpolitiker seit 1915 mit der Unterstützung der Ententemächte rechnen konnten, die Länder der böhmischen Krone aus dem feindlichen österreichisch-ungarischen Staatsverband auszugliedern, schufen erst die Oktoberrevolution und das Ausscheiden Rußlands aus der Alliierten Kriegskoalition die Voraussetzung für die Anerkennung der nationalen Selbständigkeitsbestrebungen der Polen durch die Alliierten.
- b) Die Oktoberrevolution war für die Wiedererstehung des polnischen Staates in doppelter Hinsicht von Bedeutung:

Die Bolschewiki und Lenin erklärten sich aufgrund ihrer prinzipiellen Nationalitätenpolitik für ein unabhängiges Polen. Diese Entscheidung hatte 1917/18 vor allem psychologisch-propagandistische Bedeutung, da Polen außerhalb des Machtbereichs der Bolschewiki lag.

In der Konsequenz des „Dekrets über den Frieden“ des Rates der Volkskommissare und mit dem Abschluß des Waffenstillstandes mit dem Deutschen Reich schied Rußland endgültig aus der Entente mit den Westmächten aus. Für die Entente waren damit die Voraussetzungen gegeben, die Unabhängigkeitsbestrebungen der Polen, die im Westen im wesentlichen von Vertretern der Nationaldemokratie betrieben wurden, anzuerkennen und zu fördern.

Die ausdrückliche Berücksichtigung der polnischen Forderungen in den 14 Punkten Wilsons, deren Proklamation u. a. eine Reaktion auf

die Oktoberrevolution darstellen, erklärte sich nicht zuletzt aus dieser Situation.

Nach dem Ausbruch des russischen Bürgerkrieges war keine der russischen Bürgerkriegs-Parteien in der Lage, in Polen aktiv zu werden. Dem Versuch der Bolschewiki, in Litauen-Weißrußland (Sowjetrepublik Litbel) und in der Ukraine revolutionär die Macht zu ergreifen, war nur vorübergehend Erfolg beschieden; erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1919 waren die Ukraine, Weißrußland und das östliche Baltikum im Machtbereich der Sowjetregierung. Die sogenannten Weißen Regierungen und Machthaber, die die Förderung der Entente erhielten, waren zu keinem Zeitpunkt mächtig genug, die russische Herrschaft über Polen wieder herzustellen. Der russische Bürgerkrieg, der in den umkämpften Gebieten östlich und nördlich des Bugs zeitweilig ein Machtvakuum schuf, war dagegen für die Frage der polnischen Ostgrenze, vor allem für das Problem der Zugehörigkeit der ukrainischen Territorien, von größter Bedeutung.

3. Der Zusammenbruch der Mittelmächte und die deutsch-polnischen Beziehungen

- a) Erst der militärische Zusammenbruch der Mittelmächte und die Auswirkungen der Novemberrevolution von 1918 in Deutschland schufen die Voraussetzungen für die Proklamierung des souveränen polnischen Staates.

Die polnische Delegation bei der Pariser Friedenskonferenz verlangte im Westen Polens im wesentlichen die Wiederherstellung der Grenze von 1772 sowie aus ethnischen Gründen die Eingliederung von ganz Oberschlesien und des südlichen Teils von Ostpreußen, die vor der Ersten Teilung nicht zum polnischen Staatsverband gehört hatten. Durch den Posener Aufstand war unter Vorwegnahme der Ergebnisse der Friedenskonferenz zwischen Dezember 1918 und Februar 1919 bereits eine vollendete Tatsache geschaffen und die Provinz Posen der polnischen Oberhoheit unterstellt worden.

Aufgrund des deutschen Einspruchs, der Unterstützung der britischen und der Bedenken der amerikanischen Regierung, beschloß die Pariser Friedenskonferenz, im südlichen Ostpreußen, in Teilen Westpreußens und in Oberschlesien durch Volksabstimmungen über die künftige staatliche Zugehörigkeit dieser Gebiete entscheiden zu lassen. Gleichzeitig wurde festgelegt, in Erfüllung des 13. Punktes des Wilsonschen Programms für Polen durch die Schaffung der Freien Stadt Danzig den ungehinderten Zugang zur Ostsee sicherzustellen. Durch diese Grenzregelungen ging die Landverbindung zwischen Ostpreußen und dem übrigen deutschen Staatsgebiet verloren; ein 1920 gemäß dem Versailler Vertrag abgeschlossenes Transitabkommen regelte die Verkehrsverbindungen.

Der Versailler Vertrag bildete die völkerrechtliche Grundlage für den Bestand des polnischen Staates. Er stellte Polen in den Grenzen von 1772 im Westen weitgehend wieder her. In der deutschen Öffentlichkeit dagegen wurden die Abtretungen als untragbarer Verlust deutschen „Volksbodens“ betrachtet und eine Gefährdung der deutschen Ernährungsbasis befürchtet. Während Polen unbeirrt am Vertrag festhielt, herrschte in Deutschland nahezu einhellige Übereinstimmung in der Forderung nach Revision seiner Ostgrenze.

- b) Die militärische Niederlage Deutschlands mit ihrer Konsequenz der Annahme von Wilsons 14 Punkten durch das Waffenstillstandsangebot schloß ein, daß das Deutsche Reich gezwungen war, die Schaffung eines unabhängigen polnischen Staates zu akzeptieren. Obwohl der Rat der Volksbeauftragten, die revolutionäre Übergangsregierung, sich dieser Einsicht nicht verschloß, bemühte er sich, die Einheit des Reiches so weit wie irgend möglich zu wahren und in diesem Sinne die territorialen Verluste so gering wie möglich zu halten. Daher war es von großer Bedeutung für die Formierung eines unabhängigen polnischen Staates, daß der Posener Aufstand für einen Teil der von Polen beanspruchten Gebiete vollendete Tatsachen schuf, noch ehe die Pariser Friedenskonferenz mit der Behandlung der Grenzfrage begann. Während die überwiegend von Polen beherrschten Arbeiter- und Soldaten-Räte im Posener Land den Aufstand und die Loslösung vom Deutschen Reich unter-

stützten, bildeten die Deutschen Arbeiter- und Soldaten-Räte in den östlichen Grenzgebieten eine im allgemeinen zuverlässige Stütze der Reichsregierung.

Die Auseinandersetzung um die Zukunft Oberschlesiens wurde noch dadurch verschärft, daß neben den nationalen Spannungen vor allem auf deutscher Seite auch wirtschaftliche Interessen (Erhaltung der oberschlesischen Montanindustrie für Deutschland) eine gewichtige Rolle spielten. Insgesamt erwies sich in den Revolutionsmonaten, daß auf deutscher Seite nur kleine, politisch einflußlose Gruppen und einzelne Persönlichkeiten Verständnis für Haltung und Forderungen der Polen aufbrachten.

Um die gefährdeten Grenzen im Osten zu sichern, griff die Reichsregierung bereits im November/Dezember 1918 zu dem problematischen Mittel, Grenzschutztruppen und Freikorps von zweifelhafter politischer Loyalität einzusetzen; diese Freikorps entwickelten sich schnell zu einer ernsthaften Bedrohung der jungen deutschen Republik.

- c) Der wiedererstandene polnische Staat, der aus drei ehemaligen Teilungsgebieten zusammengesetzt war, war gezwungen, in kurzer Zeit ein einheitliches Wirtschafts- und Verwaltungssystem neu aufzubauen. Nationale Minderheiten sowie weitgehende soziale Differenzierungen und Spannungen erschwerten diese Aufgaben wesentlich. Trotzdem gelang es im Laufe von 20 Jahren, einen gewissen wirtschaftlichen Fortschritt zu erzielen, eine einheitliche Gesetzgebung und Verwaltung von hohem Niveau zu schaffen und ein reges kulturelles Leben zu fördern.

4. Grenzfragen

Die Auseinandersetzungen um Oberschlesien und vor allem um das Industriegebiet, die die beiden Nationen in den Jahren nach 1919 zusehends verfeindeten, können in den Schulbüchern der Bundesrepublik nur beiläufig behandelt werden; es ist um so wichtiger, daß die sehr komplizierten Vorgänge exakt dargestellt und akzentuiert werden. Es ist naheliegend, daß die gleichen Vorgänge in den polnischen Schulbüchern einen wesentlich breiteren Raum einnehmen.

Oberschlesien war vor der Industrialisierung ein im wesentlichen von Polen besiedeltes Agrargebiet. Die Industrialisierung bewirkte eine tiefgreifende Umgestaltung der sozialen, demographischen und ethnischen Verhältnisse, die eine Zuspitzung der nationalen Gegensätze begünstigte. Vor 1914 war die Mehrheit der bäuerlichen Landbevölkerung polnischsprachig, katholisch und – wie die Arbeiter – bei allem schlesischen Regionalbewußtsein im wachsenden Maße polnisch gesinnt; dagegen waren die Großgrundbesitzer Deutsche. Teile der polnischen Bevölkerung besaßen eine preußische Staatsgesinnung, die von der ethnischen Zugehörigkeit unabhängig war. Die deutsche Bevölkerung, vielfach Beamte etc., konzentrierte sich vor allem in den kleineren und mittleren Städten.

Die Industrialisierung förderte die Landflucht in Oberschlesien, Kongreßpolen sowie in anderen Landesteilen. In den rasch aufblühenden Städten des Reviers lebten Polen aus Oberschlesien, sowie Deutsche aus Schlesien u. a. Gebieten des Reiches. Der nationale Gegensatz zwischen Polen und Deutschen wurde im Revier durch soziale Spannungen noch verschärft. Die polnischsprachige Bevölkerung stellte die Masse der Arbeiterschaft, wogegen die leitenden Posten in der Industrie und Verwaltung meistens mit Deutschen besetzt waren. Trotz dieses nationalen und sozialen Gegensatzes gab es zwischen Polen und Deutschen zahlreiche Gemeinsamkeiten. So fanden sich z. B. polnische und deutsche Arbeiter in den freien Gewerkschaften, in der sozialdemokratischen Partei und in den Kulturorganisationen der Arbeiterbewegung zusammen; dasselbe gilt in noch stärkerem Maß von der Zentrumspartei und katholischen Vereinen.

Obwohl die nationale Frage in der deutschen Sozialdemokratie, im Gegensatz zur österreichischen Arbeiterbewegung nur eine untergeordnete Rolle spielte, förderte die SPD polnischsprachige Arbeiterzeitungen, um die polnische Arbeiterschaft für ihre Ziele zu gewinnen. Die Germanisierungspolitik förderte auch in Oberschlesien das Erwachen und die Festigung der polnischen Nationalbewegung. Oberschlesien entsandte immer wieder polnische Abgeordnete in den Deutschen Reichstag, unter ihnen Korfanty, der zur Symbolgestalt der polnischen Bewegung in Oberschlesien wurde.

Im Verlauf des 1. Weltkrieges kam es auch im oberschlesischen Revier, ähnlich wie in anderen deutschen Industrierevieren, zu einer Zuspitzung der sozialen und politischen Verhältnisse, die schließlich einen scharfen antagonistischen Charakter annahm.

Der Kriegsausgang und die Erneuerung eines freien, souveränen polnischen Staates verschärften die nationalen Spannungen in Oberschlesien. Ein großer Teil der polnischen Bevölkerung erstrebte nun den Anschluß an die polnische Republik, wogegen die deutsche Bevölkerung ihre Verbundenheit mit dem Reich betonte. Viele Anhänger der Arbeiterbewegung, sowohl Sozialdemokraten wie Kommunisten, setzten sich für einen Verbleib Oberschlesiens bei Deutschland ein, da sie sich von einer sozialistischen Revolution die Aufhebung der nationalen Gegensätze und die schließliche Vereinigung der europäischen Nationen in einer sozialistischen Völkergemeinschaft erhofften. Ein wesentlicher Teil der polnischen Arbeiter war dagegen der Überzeugung, daß ein solcher Bund erst nach der Befriedigung der Freiheitsforderungen der einzelnen, bislang unterdrückten Nationen, also auch der polnischen, möglich sei.

Mit der Annahme des Versailler Vertrages, der Errichtung eines multinationalen Besatzungsregimes in Oberschlesien und der Vorbereitung für die Volksabstimmung verschärften sich die nationalen Spannungen auf das äußerste. Während der drei schlesischen Aufstände (1919/20/21), die vom polnischen Staat unterstützt wurden und vollendete Tatsachen schaffen sollten, kam es zu einer Art Kriegszustand, der die Beziehungen beider Völker nachhaltig beeinflusste. Auf der deutschen Seite kämpften u. a. Freiwillige aus allen Teilen des Reichs, vielfach Angehörige nationalistischer Organisationen, die in den aufständischen Polen zugleich Frankreich und das „Versailler System“ zu treffen hofften. Die von der deutschen nationalistischen Propaganda hochgespielten militärischen Erfolge nährten den Glauben, daß es möglich sein würde, in einer „2. Runde“ die deutsche Niederlage, die angeblich durch inneren Verrat, den Dolchstoß der Linken etc. verursacht worden war, in einen Sieg zu verwandeln. Die deutschen Nationalisten parallelisierten den Sieg der Türkei unter Kemal Pascha, die Fiume-Expedition Gabriele D'Annunzios und andere gegen das System von Versailles gerichtete Aktionen mit dem militärischen Vorgehen deutscher Frei-

korps im Baltikum 1919 und in Oberschlesien 1921. Die nationalen Auseinandersetzungen in Schlesien haben damit nicht zuletzt zu der Entstehung und zu dem geschichtlichen Mythos eines überspitzten deutschen Nationalismus beigetragen.

Die Abstimmung im März 1921 entsprach ungefähr den genannten Gegebenheiten: die Landbevölkerung stimmte mehrheitlich für Polen, während die Städte des Industriereviere Mehrheiten für Deutschland aufwiesen. Dabei muß freilich berücksichtigt werden, daß die im Vertrag vorgesehene und vom Reich geförderte Beteiligung von Oberschlesiern aus dem Reichsinnern (ca. 200 000 der insgesamt 1 185 000 abgegebenen Stimmen) das Abstimmungsergebnis beeinflusste; es belief sich auf ca. 60 % für Deutschland und 40 % für Polen. Die folgende Teilung des Gebietes, auf die auch noch der dritte schlesische Aufstand einwirkte, wurde jedoch auch von anderen Gesichtspunkten bestimmt: dem Interesse an zusammenhängenden Territorien mit verkehrstechnisch vertretbaren Grenzen und dem Verlangen der Alliierten nach ausgewogener Aufteilung des Industriegebietes auf beide Staaten. Im Ergebnis blieben also Deutsche in Polen und Polen in Deutschland. Die Teilung des Industriegebietes brachte für die Bevölkerung manche Unzuträglichkeiten, die durch die 15 Jahre (1922–1937) für das ehemalige Abstimmungsgebiet geltende Genfer Konvention von 1922 abgemildert wurden.

Die Schaffung der Freien Stadt Danzig war eine Konsequenz der internationalen Politik. Während Frankreich Danzig und die Weichselmündung Polen angliedern wollte, forderte Großbritannien die Kompromißlösung einer Freien Stadt unter Völkerbundkontrolle. Diese Lösung konnte weder die Polen noch die Deutschen befriedigen. Für die Polen war – vorwiegend aus wirtschaftlichen Gründen – der Besitz eines Hafens an der Ostsee und die Kontrolle der Weichselmündung von entscheidender Bedeutung. Die Deutschen sahen in der Abtrennung einer überwiegend von Deutschen bewohnten Stadt einen Bruch des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Das Problem Danzig und das des sogenannten polnischen Korridors haben nachhaltig zur Vergiftung der Atmosphäre zwischen Deutschland und Polen beigetragen.

Bei den Abstimmungen in Ost- und Westpreußen fiel entscheidend ins Gewicht, daß sich die große Mehrheit der Bevölkerung aufgrund der

staatlichen Tradition und teilweise auch der Konfession (Masuren) trotz ethnischer und sprachlicher Unterschiede dem preußischen Staat zugehörig fühlte.

Während die alliierten Kontrollmächte in Oberschlesien eine die Polen begünstigende Haltung einnahmen, verhielten sie sich in den Abstimmungsgebieten Ost- und Westpreußens eher deutschfreundlich.

Auch der Zeitpunkt der Abstimmung während der sowjetischen Gegenoffensive, die den polnischen Staat gefährdete und schwächte, beeinflusste das Ergebnis (in beiden Gebieten über 90 % der Stimmen für einen Verbleib bei Preußen).

5. Das polnisch-deutsche Verhältnis in der Weimarer Republik

Das deutsch-polnische Verhältnis in der Weimarer Zeit stellt einen Tiefpunkt der beiderseitigen Beziehungen dar. Dies gilt nicht nur für den politischen, sondern auch für den wirtschaftlichen („Zollkrieg“) und insbesondere für den kulturellen Bereich. Zu keinem anderen Nachbarn waren die Beziehungen in jeder Hinsicht durchgehend ähnlich schlecht wie zu Polen. Deutscherseits sind die Gründe dafür darin zu sehen, daß Polen als Exponent und Nutznießer des Versailler Vertrages erschien, dessen Revision gerade hinsichtlich der territorialen Bestimmungen gegenüber Polen von allen Parteien angestrebt wurde. Auch die deutsche Linke, die traditionellerweise Sympathien für Polen hatte, teilte diese allgemeine negative Einstellung. Polnischerseits betrachtete man den deutschen Revisionismus als Bedrohung der Lebensfähigkeit des polnischen Staates. Darin waren sich alle politischen Kräfte Polens einig. Polnische Versuche der Jahre 1926/27, diesen Gegensatz zu mildern, blieben angesichts dieser grundsätzlichen Diskrepanz ohne Erfolg. Dabei spielte auch die internationale Konstellation eine entscheidende Rolle. Die polnische Außenpolitik mußte sich auf ein Bündnis mit Frankreich stützen, da ein funktionsfähiges Sicherheitssystem in Ostmitteleuropa nicht zustande kam. Auf die Deutschen, die von einer Einkreisungsfurcht beherrscht wurden, wirkte das polnisch-französische Bündnis als eine potentielle Bedrohung, was besonders von den Militärs betont wurde. Auf polnischer Seite wurde der Vertrag von Rapallo in ähnlicher Weise als Bedrohung

empfunden. Unter diesen Voraussetzungen mußten die Verträge von Locarno von den Polen um so mehr als eine Gefahr betrachtet werden, als sie zu einer Isolierung Polens führen konnten, zumal sich Großbritannien ausdrücklich weigerte, die polnischen Westgrenzen zu garantieren. Infolgedessen mußte der Vertrag von Locarno von Polen als eine Ermunterung revisionistischer Tendenzen in Deutschland angesehen werden. In der Atmosphäre gegenseitigen Mißtrauens gelang auch eine befriedigende Regelung der beiderseitigen Minderheitenprobleme nicht.

Nach dem Staatsstreich Pilsudskis im Mai 1926 kam es zwar zu einer zeitweiligen Entspannung des deutsch-polnischen Verhältnisses, andererseits betrachteten die demokratischen Kräfte Deutschlands das autoritäre Regime in Polen mit Abneigung, um so mehr als in diesen Jahren auch in anderen Ländern die parlamentarischen Systeme durch autoritäre Regime sukzessiv überwältigt wurden.

Während die deutsche Politik der Jahre 1930/32 in Polen als Verschärfung des revisionistischen Kurses betrachtet wurde, verkannte die polnische Regierung den Charakter des im Gefolge der Weltwirtschaftskrise aufsteigenden Nationalsozialismus und die außenpolitischen Konsequenzen der Machtergreifung Hitlers.

Geographie

1. Die Geographie ist vorwiegend eine Gegenwartswissenschaft. Zur Darstellung beider Länder muß man daher von den gegenwärtigen Realitäten ausgehen. Der Geographieunterricht soll objektive Informationen vermitteln. Er soll ein wohlwollendes Interesse im Sinne eines friedlichen Zusammenlebens der Völker wecken und Mißverständnisse und Vorurteile abbauen helfen. Es wird empfohlen, den Normalisierungsprozeß zwischen den beiden Staaten dadurch zu fördern, daß die Probleme beider Länder in den Lehrbüchern und im Unterricht angemessen berücksichtigt werden.

2. Obwohl in den beiden Ländern unterschiedliche Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme bestehen, ist es notwendig, die Leistungen beider Völker mit wechselseitiger Toleranz und mit Respekt zu behandeln.

3. Politische Fragen sollen im Geiste des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen vom 7. 12. 1970 behandelt werden. Wenn zum Verständnis gegenwärtiger geographischer Sachverhalte historische Erklärungen notwendig sind, so sollen sie nach dem aktuellsten Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis gegeben werden. Historische Sachverhalte, die von der Wissenschaft unterschiedlich interpretiert werden, sollen in ihrer Problematik und unter Berücksichtigung beider Standpunkte dargestellt werden.

4. Bei der Auswahl der in Text, Karten und Bildern dargestellten Fakten sollen sich die Autoren ihrer Verantwortung im Sinne der genannten Ziele bewußt sein. Die Auswahl der Fakten, die von der didaktischen und methodischen Zielsetzung und dem verfügbaren Raum abhängt, soll in jedem Fall objektiv und aktuell sein. Ihre Auswertung soll keinen Anlaß zu tendenziösen und diskriminierenden Interpretationen geben.

5. Für die Handhabung geographischer Namen werden folgende Grundsätze empfohlen:

Bei Bearbeitung von Karten und Darstellungen für den Schulgebrauch sollten Autoren und Verleger die offiziell im jeweils anderen Land verwendeten Ortsnamen berücksichtigen. Aus didaktischen Gründen kann eine zweisprachige Bezeichnung erforderlich sein.

Andere geographische Namen (von Flüssen, Seen und Landschaften usw.) können ebenso zweisprachig oder nur in der Muttersprache der Schüler gebraucht werden.

Namen, die auf eine gezielte Germanisierungstendenz zurückgehen, sollten nicht verwendet werden. Das Problem der geographischen Namen bedarf noch weiterer Erörterungen, wobei auch die sich entwickelnden internationalen Grundsätze berücksichtigt werden sollten.

6. Eine notwendige Voraussetzung für die ständige Verbesserung des Inhalts stellt der Austausch von Informationen dar. Zu diesem Zweck wird empfohlen:

- a) Unterstützung der Zusammenarbeit der Verlage und Schulbuchinstitute;
- b) Gegenseitige Begutachtung der Lehrbücher bzw. der Lehrbuchausschnitte, die das jeweilige Land betreffen vor der endgültigen Drucklegung und laufend. Das sollte sowohl im Rahmen der Zusammenarbeit der Autoren und Verleger als auch unter Mitwirkung der zuständigen wissenschaftlichen Institutionen erfolgen.
- c) Besonderen Nachdruck ist auf den Austausch und die Bereitstellung von Informationsmaterial (z. B. aktuelle statistische Daten, neues kartographisches Material, Erkenntnisse der wissenschaftlichen Forschung) zu legen.
- d) Gewährleistung der gegenseitigen Belieferung von geeigneten Fotos, Diapositiven, Abbildungen, Karten, Plänen und Skizzen, um in den Lehrbüchern eine aktuelle Information sicherzustellen.
- e) Um den Schulbuchautoren, Lektoren und Begutachtern der Verlage ihre Aufgabe bei der objektiven Darstellung beider Länder zu erleichtern, sollten Studienfahrten und Studienaufenthalte gefördert werden. Die zuständigen Verlage und wissenschaftlichen Institutionen auf dem Gebiet der Geographie und der Kartographie werden sich bemühen, diesen Initiativen ihre Unterstützung und Beratung zu gewähren.

Als Kontaktstellen wurden von den UNESCO-Kommissionen der

Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland empfohlen:

Der Staatliche Schulbuchverlag (PZWS) und der Kartographische Verlag (PPWK) in Warschau, das Internationale Schulbuchinstitut in Braunschweig.

TEILNEHMER

Deutsche Delegation

Eckert, Georg, Prof. Dr.

Präsident der Deutschen UNESCO-Kommission und Direktor des
Internationalen Schulbuchinstituts, Braunschweig

Bracher, Karl Dietrich, Prof. Dr.

Seminar für Politische Wissenschaften an der Universität Bonn

Berndt, Günter, Pastor

Evangelische Akademie Berlin

Dross, Armin

Gesamteuropäisches Studienwerk, Vlotho

Ebner, Franz, Oberstudiendirektor

1. Vorsitzender des Deutschen Philologenverbandes, München

Fernis, Hans Georg, Dr.

1. Vorsitzender des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands,
Mainz

Fischer, Gerhard, Oberschulrat Dr.

Niedersächsisches Landesverwaltungsamt, Hannover

Gail, Anton J., Prof. Dr.

Institut für Geschichte an der Pädagogischen Hochschule Köln

Hausmann, Gottfried, Prof. Dr.

Institut für Erziehungswissenschaften an der Universität Hamburg

Hausmann, Kurt, Prof. Dr.

Institut für Geschichte an der Universität Kiel

- Hellmann, Manfred, Prof. Dr.
Institut für Geschichte an der Universität Münster
- Hillers, Elfriede, M. A.
Wiss. Mitarbeiterin am Internationalen Schulbuchinstitut,
Braunschweig
- Hoensch, Jörg, Prof. Dr.
Institut für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde
an der Universität Tübingen
- Hoffmann, Johannes, Schulbuchautor
Dortmund
- Kamp, Norbert, Prof. Dr.
Historisches Seminar an der Technischen Universität Braunschweig
- Karger, Adolf, Prof. Dr.
Institut für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde
an der Universität Tübingen, Abteilung für Geographie
- Keller, Thomas
Generalsekretär der Deutschen UNESCO-Kommission
- Kolb, Eberhard, Prof. Dr.
Historisches Seminar an der Universität Würzburg
- Krausnick, Helmut, Prof. Dr.
Institut für Zeitgeschichte, München
- Lösche, Heinrich, Studiendirektor Dr.
Hamburg
- Ludat, Herbert, Prof. Dr.
Direktor des Instituts für Kontinentale Agrar- und
Wirtschaftsforschung an der Universität Gießen
- Meyer, Enno, Oberstudienrat Dr.
Oldenburg
- Miller, Susanne, Dr.
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der Politischen Parteien, Bonn

- Multhoff, Robert, Oberstudiendirektor i. R. Dr.
Mitarbeiter am Internationalen Schulbuchinstitut, Braunschweig
- Pöls, Werner, Prof. Dr.
Historisches Seminar an der Technischen Universität Braunschweig
- Puls, Willi Walter, Dr.
Vorsitzender des Verbandes der Schulgeographen, Hamburg
- Rhode, Gotthold, Prof. Dr.
Institut für Osteuropäische Geschichte an der Universität Mainz
- Rissom, Hans-Wolf, Dr.
Pädagogischer Referent der Deutschen UNESCO-Kommission
- Schelm-Spangenberg, Ursula, Prof. Dr.
Pädagogische Hochschule Niedersachsen, Abteilung Braunschweig
- Schlott, Gerhard, Dr.
Dozent an der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen,
Abteilung Braunschweig
- Schröder, Carl-August, Dr.
Georg-Westermann-Verlag, Braunschweig
- Schüddekopf, Otto-Ernst, Dr.
Dozent am Internationalen Schulbuchinstitut, Braunschweig
- Sievers, Rosemarie
Studienleiterin an der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen,
Abteilung Braunschweig
- von Thadden, Rudolf, Prof. Dr.
Historisches Seminar an der Universität Göttingen
- Wöhlke, Wilhelm, Prof. Dr.
Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin
- Wojtecki, Dieter, Dr.
Institut für Geschichte an der Universität Münster
- Zernack, Klaus, Prof. Dr.
Institut für Geschichte an der Universität Frankfurt/Main

**INTERNATIONALES SCHULBUCHINSTITUT UND
PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULE BRAUNSCHWEIG**

Curdt, Erwin, Wissenschaftlicher Assistent
Görig, Helmut, Wissenschaftlicher Assistent
Göttsche, Sigrid, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Harms, Hermann, Studienleiter
Urbanke, Wolfgang, Wissenschaftlicher Assistent

VERLAGSVERTRETER

Bautsch, Werner
Moritz Diesterweg Verlag, Frankfurt

Hake, Helmut, Dr.
Schroedel-Verlag, Hannover

Hammerstädt, Ingrid
Georg Westermann Verlag, Braunschweig

Heuss, Helmut
Ernst Klett Verlag, Stuttgart

Hilgemann, Werner, Oberstudienrat
Verlag Justus Perthes, Darmstadt

Höllner, Klaus
Georg-Westermann-Verlag, Braunschweig

Hoerschelmann, Ernst, Dr.
Hirschgraben-Verlag, Frankfurt

Lasius, Rolf, Regierungsschulrat
Julius-Beltz-Verlag, Weinheim

Tietze, Wolf, Dr.
Vieweg-Verlag, Braunschweig

Polnische Delegation

Markiewicz, Wladyslaw, Prof. Dr.

Stellvertretender Präsident der Polnischen UNESCO-Kommission,
Korrespondierendes Mitglied der Polnischen Akademie der
Wissenschaften (PAN), Sekretär der Sektion Sozialwissenschaften
der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Universität Warszawa

Tazbir, Janusz, Prof. Dr.

Stellvertretender Direktor des Instituts für Geschichte der
Polnischen Akademie der Wissenschaften, Warszawa (Vorsitzender
der Expertengruppe)

Barbag, Jozef, Prof. Dr.

Mitglied des Instituts für Geographie der Polnischen Akademie
der Wissenschaften

Brunner, Zbigniew, Mag. Ing.

Stellvertretender Direktor des Staatlichen Kartographischen
Verlages, Warszawa

Gierlowski, Wlodzimiers, Mag.

Kommission für Lehrpläne und Schulbücher, Warszawa

Kondracki, Jerzy, Prof. Dr.

Direktor des Instituts für Geographie an der Universität Warszawa

Krasuski, Jerzy, Doc. Dr.

Direktor des Instituts für Geschichte am Westinstitut Poznań

Kusiński, Witold, Doc. Dr.

Stellvertretender Direktor des Instituts für Geographie der
Universität Warszawa

Labuda, Gerard, Prof. Dr.

Mitglied des Präsidiums der Polnischen Akademie der
Wissenschaften, Mitglied des Instituts für Geschichte der
Polnischen Akademie der Wissenschaften, Poznań

Parnowski, Tadeusz, Doc. Dr.

Direktor des Staatlichen Schulbuchverlags, Warszawa

- Parucki, Kazimierz, Mag.
Kommission für Lehrpläne und Schulbücher, Warszawa
- Rachocki, Janusz, Dr.
Stellvertretender Direktor des Westinstituts, Poznań
- Ryszka, Franciszek, Prof. Dr.
Mitglied des Instituts für Geschichte der Polnischen Akademie
der Wissenschaften, Warszawa
- Sabillo, Zbigniew, Mag.
Kommission für Lehrpläne und Schulbücher, Warszawa
- Trawkowski, Stanislaw, Doc. Dr.
Institut für Geschichte der Polnischen Akademie der
Wissenschaften, Warszawa
- Topolski, Jerzy, Prof. Dr.
Adam-Mickiewicz-Universität, Poznań
- Wawrakowa, Maria, Doc. Dr.
Institut für Geschichte der Universität Warszawa
- Wojciechowski, Marian, Doc. Dr.
Sektion Sozialwissenschaften der Polnischen Akademie der
Wissenschaften, Warszawa